

Stenographisches Protokoll

55. Sitzung der XVI. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 26. Jänner 1995

Protokollauszug

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz- und Budgetausschusses betreffend den Beschlußantrag (Beilage 564), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Einsparung von Energie zugestimmt wird (Zahl 16 - 366) (Beilage 585)

Dritter Präsident **Puhm**: Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz- und Budgetausschusses betreffend den Beschlußantrag, Beilage 564, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Einsparung von Energie zugestimmt wird, Zahl 16 - 366, Beilage 585.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Grath.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter **Grath**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuß und der Finanz- und Budgetausschuß haben den Beschlußantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Einsparung von Energie zugestimmt wird, in ihrer 33. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 18. Jänner 1995, beraten und einstimmig angenommen.

Ich stelle daher namens des Rechtsausschusses und des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluß fassen: Der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Einsparung von Energie wird zugestimmt.

Dritter Präsident **Puhm**: Als erster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Karassowitsch.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Karassowitsch** (FPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Eingangs möchte ich einige Gedanken generell zur Umwelt bringen. Es hat doch ein großer Umdenkprozeß auf der ganzen Welt eingesetzt. Das kann man mit Freude verfolgen. Alle Länder haben sich eingesetzt für die Umwelt, für ein Umdenken, um unserer Erde das möglichst Beste angedeihen zu lassen.

Abgase, Verbrennungen von giftigen Stoffen, alles wird heute kontrolliert und ganz exakt vorangetrieben. Das ist wirklich sehr, sehr lobenswert. Schwache Kontrollen wurden bei den Industrieanlagen im Osten bis jetzt durchgeführt. Jetzt sind wir in der Lage, in der Zukunft, aber auch bereits jetzt in der Gegenwart mithelfen zu können, diese Schäden im Osten bei der Industrie zu beheben, durch Mitgestaltung von neuen Anlagen, um umweltbewußt arbeiten zu können. Denn es nützt nichts, wenn wir sauber arbeiten und der Wind bringt dann von irgendwoher die Schadstoffe zu uns. So sehen wir es daher als vollkommen richtig, daß wir auch diesen Ländern unsere Hilfe angedeihen lassen.

Im Fernsehen konnte man des öfteren Bilder von kranken Wäldern sehen. Aus den neuesten Berichten kann man jetzt bereits ersehen, daß es mit der Umwelt immer besser wird. Das ist ein großer Schritt in die Zukunft und für die Sicherung der Umwelt für unsere Kinder. Nicht vergessen dürfen wir aufgrund dieser gefährlichen Abgase das Ozonloch über den Polkappen, den Treibhauseffekt und die große Gefahr, die uns bevorstehen könnte. Sie wurde mit vielen, vielen Umweltgesetzen und -gedanken und Umdenkprozessen verhindert. So kann man an die Zukunft nur positiv denken.

Ein großes Ziel für die Zukunft ist die Absicherung der Versorgung mit erneuerbarer und umweltbewußter Energie. Bei der Erzeugung von Energie werden peinlichste Überprüfungen auf Umweltverträglichkeit und Schonung der Ressourcen durchgeführt werden müssen. Auswahl und Einsatz von wirtschaftlicher und zukunftsorientierter Energie wird vorangetrieben werden müssen. Dazu ge-

Mag. Gradwohl

hört auch die großzügigste Förderung der Forschung für neue Energieträger wie Solar, Wind et cetera, wo aus meiner Sicht noch viel zu wenig Mittel für die Forschung freigemacht werden.

Geschätzte Damen und Herren! Die vorliegende Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern möchte ich als Anstoß für ein gemeinsames Vorgehen in Sachen Energieeinsparung, aber vor allem Herabsetzung der Emissionen und Schonung unserer Erde sehen. Mit dem Wunsch, daß diese Vereinbarung kein Bürokratiedschungel wird, sondern der Schonung der Umwelt dienen soll, stimmen wir Freiheitlichen diesem Programm zu. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident **Sipötz** *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke. Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mag. Gradwohl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Mag. Gradwohl** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich nehme mit Freude zur Kenntnis, daß die Freiheitliche Partei dieser Vereinbarung zwischen dem Bund und allen Bundesländern zur Einsparung von Energie zustimmen wird, daß also einer Dreiparteieneinigung nichts im Wege steht.

Vor einigen Tagen hat die BEWAG eine Information über die Reduzierung von Stromverbrauch bei bestimmten Elektrogeräten in den letzten 15 Jahren bekanntgegeben. Die Kolleginnen und Kollegen haben dieses Info-Blatt sicherlich auch erhalten. Es ist hier sehr anschaulich dargestellt, wie sich innerhalb von 15 Jahren bei bestimmten Haushaltselektrogeräten eine Stromersparnis ergibt. Beispielsweise bei der Waschmaschine neuesten Standards gegenüber der vor 15 Jahren gibt es eine Einsparung des Stromverbrauches von 50 Prozent. Beim Geschirrspüler, viele hat es wahrscheinlich vor 15 Jahren noch nicht gegeben, aber doch auch, ebenfalls eine Einsparung von 50 Prozent. Bei Kühl- und Gefriergeräten immerhin ein Einsparungsvolumen von 40 Prozent und bei Elektroherden, sie sind als Stromfresser bekannt, immerhin noch ein Viertel, also 25 Prozent.

Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nicht daß es etwas Revolutionäres, etwas Neues ist, was uns hier das burgenländische Paradeenergieversorgungsunternehmen mitteilt, nein, der springende Punkt für mich ist die Tatsache, daß ein marktwirtschaftlich geführtes und an der Börse notierendes Unternehmen, das ja eigentlich vom Verkauf von Strom profitiert und lebt, sich zum Energiesparmeister, ich sage es jetzt einmal unter Führungszeichen „mausern“ will, ist doch eine positive Entwicklung. Ich sage es aber auch nicht ohne einer kleiner Portion Zynismus, weil derartiges bis vor kurzem nicht nur unmöglich gewesen ist, sondern eher das Gegenteil der Fall gewesen ist, da die BEWAG in der Vergangenheit sehr offensiv, zum Beispiel für Stromheizungen, geworben hat. Gott sei Dank ist das heute vorbei.

Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In ähnlichem Licht ist auch der vorliegende 15a-Vertrag

aller Bundesländer mit der Bundesregierung zu sehen, welcher die alte Vereinbarung aus dem Jahre 1980 ablöst und auf eine neue Qualität in bezug auf Umwelt und Technik setzt.

Was sind nun die Qualitätsmerkmale, sprich Verbesserungen dieser Energiesparvereinbarung, die uns vorliegt, gegenüber der alten aus dem Jahre 1980? Da ist zum einen neben einer allgemeinen und verstärkten Bezugnahme auf ökologische Zielsetzungen die CO₂-Reduktion, die Erreichung des Toronto-Ziels oder das Ersetzen von fossilen Energieträgern durch erneuerbare Energieträger, also allgemeine Formulierungen, vor allem eine Verschärfung, das geht jetzt schon ins Detail, der Mindestanforderungen von Gebäuden und Bauteilen im Artikel 3, wie zum Beispiel die Bestimmung des k-Wertes nach dem Stand der Technik.

Während in der alten Vereinbarung, ich habe sie hier, aus dem Jahr 1980 der k-Wert, also jene Wärmeenergie, welche praktisch berechnet wird, die durch einen Quadratmeter eines Bauteiles fließt, im Jahre 1980 für Außenwände bei Wohnhäusern noch bei 0,70 angegeben gewesen ist und als Ziel angegeben worden ist, ist bei Außenwänden der k-Wert in dieser Vereinbarung, die wir auch als Land dann praktisch fortzusetzen und effektiv einzusetzen haben, mit 0,50 angegeben. Nur, um ein Beispiel zu nennen, bei den Außenwänden.

Dieser energiesparende Wärmeschutz bei Gebäuden hat sich natürlich, ich habe es vorhin erwähnt, bei all jenen Maßnahmen der Warmwasseraufbereitung und der Beheizung von Gebäuden weiter fortzusetzen, die uns als Land betreffen, wie zum Beispiel beim Baurecht. Die Baubehörde I. Instanz ist hier ebenfalls gefordert wie die Feuerpolizei und alle feuerpolizeilichen Bestimmungen, die Wohnbauförderung, die Luftreinhaltung. Dem Bund fällt hier beispielsweise zu, die Gewerbeordnung und das Wohnungsrecht in der Form abzuändern, falls diese Vereinbarung unterzeichnet wird.

Die zweite und weitere Verbesserung gegenüber dem Jahr 1980 ist die Anpassung von Wirkungsgraden für Kleinfeuerungsanlagen – jeder von uns hat so etwas zu Hause in seinem Keller stehen – an die EU-Richtlinie. Und zwar an die EU-Richtlinie 92/42/EWG aus dem Jahre 1992. Diese EU-Richtlinie aus dem Jahr 1992 setzt für Heizgeräte, die mit Gas oder Öl betrieben werden, und das ist die überwältigende Mehrheit auch bei uns im Land, einen erhöhten Energiekoeffizienten fest. Das heißt, der Wirkungsgrad wird hier verbessert und das Verhältnis, nämlich das, was an Nutzenergie herauskommt, zur Aufwandsenergie, die in Prozenten angegeben wird, wird damit erhöht.

Und schließlich, und das ist für mich die dritte Neuerung, sie fällt in unseren unmittelbaren Kompetenzbereich als Landesgesetzgeber, wird der Einsatz von Wohnbauförderungsmitteln im Sinne dieser Vereinbarung vorgegeben. Das heißt, wenn wir heute diese Vereinbarung beschließen, hat es konsequenterweise auch Folgen für den Landesgesetzgeber beim Einsatz von Wohnbauförderungsmitteln, aber auch bei der Wohnraumsanierung.

Mag. Gradwohl

Ich habe eingangs an Hand der BEWAG-Statistik das beachtliche Potential an Einsparung von Energie bei Haushaltsgeräten dargestellt. Erinnern wir uns: beispielsweise 50 Prozent bei Waschmaschinen. Haushaltsgeräte, die in Zukunft mit elektrischem Strom betrieben werden, müssen nach dieser Vereinbarung in bezug auf ihren spezifischen Energieverbrauch gekennzeichnet werden. Auch das ist eine EU-Normierung, um dem Kunden im Geschäft dann einen möglichst optimalen Vergleich bezüglich des Energieverbrauches von Geräten zu ermöglichen. Diese Deklarationspflicht ist in den EU-Richtlinien, die im vorigen Jahr, am 21. Jänner 1994, für Haushaltsgeräte und Gefriergeräte erlassen worden sind, enthalten. Nicht uninteressant ist dabei auch, und so detailliert gehen die Vorschriften hier im Bereich der EU, daß die Auflage von sogenannten Vergleichslisten in den Verkaufsräumen der Geschäfte vorgesehen ist.

Hohes Haus! Im Bericht zum Entwicklungskonzept „Land zum Leben“, Part „Energiepolitik“ vom Dezember 1994, werden vier Hauptziele burgenländischer Energiepolitik in der Zukunft angegeben. Zum einen die Sicherstellung der Energieversorgung im gesamten Burgenland, zum zweiten die Umweltverträglichkeit, wie CO₂-Reduktion und Vermeidung von Schadstoffen, wie auch vom Vorredner angezogen. Drittens die Stabilisierung des gesamten Energieaufkommens, das heißt konsequenterweise die Senkung des Verbrauches für Raumwärme, Warmwasseraufbereitung und Verkehr. Hier steht uns als Instrument ja die Energieverbrauchssteuer oder Ökologiesteuer, also ein Bundesgesetzmittel, ins Haus. Und viertens schließlich die Förderung von umweltfreundlichen Energieträgern.

Neben all diesen Zielvorstellungen sind dennoch auch zusätzliche landesspezifische Maßnahmen - und ich wiederhole mich hier bewußt -, wie die Installierung einer firmenunabhängigen professionellen Energieberatung beim Amt der Burgenländischen Landesregierung und die Erstellung eines Energieleitplanes für das Burgenland unumgänglich und notwendig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Auf dem Weg dorthin zu diesem Ziel ist, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, diese 15a-Vereinbarung mit dem Bund ein wichtiges Etappenziel und daher werden wir von der Österreichischen Volkspartei dieser auch unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident **Sipötz**: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Bieler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Bieler** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist immer angenehm als dritter Redner bei einem Bereich, wo alle Parteien zustimmen, zu reden, weil man nicht auf Nebensächlichkeiten und Repliken acht geben muß, sondern sich wirklich auf das Thema konzentrieren kann. Ich möchte ganz bewußt mit den Schlagzeilen aus dem Jahr 1992 beginnen, weil es noch immer aktuell ist. Da ist in den Zeitungen gestanden: „Der Treibhauseffekt macht Kontinente zu Wüsten. Sollen

nicht weite Teile unseres Planeten unbewohnbar werden, müssen Sofortmaßnahmen einsetzen, um den Treibhauseffekt, die stetige Erwärmung der Erdatmosphäre, zu stoppen.“

Wenn man sich mit der Problematik näher beschäftigt, dann kommt man drauf, daß dieser vielbesagte Treibhauseffekt zu rund 50 Prozent von CO₂-Emissionen erzeugt wird, die bei der Verbrennung fossiler Energie entstehen. Und damit sind wir schon beim Thema, das uns betrifft. Interessanterweise sind nicht die FCKW-Treibgase, die nächsten, die diesen Treibhauseffekt mitverursachen, sondern zu 18 Prozent Methan. Und dabei ist auch wieder interessant, daß bei Deponien, was ebenfalls indirekt mit Energiefragen zu tun hat, nämlich Verschwendung, daß aber auch beim Reisanbau, bei der Verbrennung von Biomasse und auch bei der Haltung von Kühen sehr viel Methan entsteht. Nur am Rande, eine Kuh produziert im Jahr 55 Kilogramm Methan, das heißt für uns nicht uninteressanterweise, daß der Fleischkonsum, den wir betreiben, nicht nur ungesund, sondern auch umweltbelastend ist; nicht nur von der Kuh aus gesehen.

Angesichts der Tatsache, daß *(Abg. Thomas: Wie viele PS?)* – das ist eine andere Frage – rund 20 Prozent der Weltbevölkerung 75 Prozent der gesamten Energie verbrauchen und damit überproportional zur Umweltverschmutzung und zum Treibhauseffekt beitragen, und wir auch hier im Burgenland zu diesen 20 Prozent Verschwendern gehören, haben wir die moralische, soziale und wirtschaftliche Verpflichtung, auch in einem kleinen Land wie das Burgenland, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Und wir können da auch einen wichtigen Beitrag leisten, weil jeder Beitrag in diesem Bereich wichtig ist. Das ist ja mit ein Grund, warum diese 15a-Vereinbarung vorliegt.

Ein ungarisches Sprichwort lautet: „Kein Land ist so reich, daß es seinen Nachbarn nicht braucht.“ Ich interpretiere das so, daß gerade im Umweltbereich, AKW's und Energie gehören hier eindeutig dazu, jeder auf den anderen angewiesen ist, um etwas Positives bewegen und verändern zu können. Der Standpunkt, von mir aus gesehen, bezüglich den Atomkraftwerken ist eigentlich ganz eindeutig. Ich muß sagen, weil heute schon von Nostalgie die Rede war bei der Diskussion zum Bgl. Jugendförderungsgesetz, mein erstes richtig politisch positives Erlebnis, etwas durchgesetzt zu haben, war die Abstimmung um Zwentendorf, als sie eben so ausgefallen ist, wie sie ausgefallen ist. Ich freue mich, daß diese Linie heute für ganz Österreich Gültigkeit hat. Speziell wenn ich mir anschau, daß gerade wir im Burgenland in einem gefährlichen Dreieck zwischen Krsko, Paks in Ungarn, Bohunice, Dukovany und hoffentlich nicht Mochovce liegen. Da ist es völlig egal, welche Bauweise, ob westliche oder östliche, es ist. Beides ist nicht sinnvoll. Und daher werde ich alle Bemühungen, auch wenn sie in Österreich auftreten, nicht unterstützen, wenn es um Atomkraftwerke in dieser Richtung geht.

Energiepolitik ist ein Schlüsselbereich der Wirtschafts-, aber auch der Umweltpolitik. Es besteht unum-

Bieler

stritten die Notwendigkeit, Rohstoffe einzusparen und damit die Umweltbelastung zu verringern. Österreich hat schon in der Zeit des billigen Öls vorausschauend, aus vielerlei Gründen, wie Umweltfreundlichkeit, Unabhängigkeit vom Ausland aber auch die relativ geringen Kosten, einen eigenständigen Weg des Ausbaus der Wasserkraft beschritten. Es wird aber auch in Österreich wichtig sein, eine bessere Zusammenarbeit der Energieversorgungsbetriebe in der Optimierung des Kraftwerkeinsatzes zu finden.

Viele Lösungsvorschläge aus Dänemark, ich werde dann noch auf das dänische Beispiel zurückkommen, kann man fast ungeschaut auf Österreich übertragen. Stichworte dazu sind: Kraft-Wärme-Kupplung, Fernwärme und die Verwendung erneuerbarer Energieträger, aber auch, und das gilt für Österreich im besonderen, muß man rechtliche Voraussetzungen für ein Wegerecht von Fernwärme schaffen. Das heißt, daß es überall möglich ist, diese Fernwärme auch zu den Verbrauchern hinzubringen.

In diesem Zusammenhang muß man ebenfalls über Solarenergie reden, die neben direkter und indirekter Nutzung von Sonnenstrahlen auch Wind- und Wasserkraft als mittelbare Solarenergie und die Biomasse als gespeicherte Solarenergie beinhaltet. All diese Bereiche müssen wir verstärkt fördern und weiter verbreiten.

Aber auch auf der Verbraucherseite kann man ebenfalls sehr viel an Energie sparen. Zur Verminderung des Energieverbrauches im Bereich der Raumwärme durch entsprechende Wärmeschutzverordnungen und durch die notwendigen Mindestdämmwerte für Gebäude, und, und, und. Das haben wir zum Teil schon alles. Alles unter dem Motto: Alle Energie dafür verwenden, um keine Energie zu verschwenden! Die Notwendigkeit und die Einsicht, daß jeder Energie sparen kann, müssen viele Menschen erst wieder lernen.

Bei meiner Redevorbereitung bin ich auf einen interessanten Absatz in einer Umweltzeitung gestoßen, wo es sehr richtig heißt: „Diesen Lobbys (wie E-Wirtschaft, Brennstofflieferanten und die Produzenten der Nukleartechnologien) ist es sehr gut gelungen, die erneuerbaren Energiequellen in ihrer Entwicklung und vor allem die bereits vorhandenen technischen Einsatzmöglichkeiten in der Markteinführung zu behindern. Dabei sind grundsätzlich drei Strategien erkennbar: die Verfügbarkeit, die technische Reife der Nutzung und die Wirtschaftlichkeit von erneuerbaren Energieträgern werden immer wieder als ungenügend dargestellt. Die primitive Verbrennung von wertvollen und begrenzten Ressourcen aber, die sich im Verlauf von Jahrmillionen angesammelt haben, wird uns als eine große technische Leistung, sauber und wirtschaftlich, verkauft.“

Man muß in diesem Zusammenhang natürlich auch über Alternativprojekte reden, die sehr wohl sinnvoll sind. Aber über die Sinnhaftigkeit einzelner muß man reden. Daß sie notwendig sind, ist allerdings unbestritten.

Zum dänischen Modell, und Dänemark ist innerhalb der EU ein Land, das in der Energiepolitik am weitesten

fortgeschritten ist, muß man sagen, daß die Dänen wie Österreich auf die Nutzung der Atomkraft verzichtet haben, daß heute in Dänemark bestehende Abwärmeeinheiten weitgehend genutzt werden und weiterverwendet werden, daß der Gesamtwirkungsgrad der Kraftwerke über 54 Prozent liegt und daß die Effektivierung der Energieumwandlung um 60 Prozent gesteigert werden konnte. Das sind nur einige Punkte, ich hätte da noch mehr zur Verfügung. Ich möchte das aber aus Zeitgründen nicht alles darbringen.

Die Ziele sind allerdings interessant, die sich die Dänen gesetzt haben. Und zwar, daß nämlich der Bruttoenergieverbrauch bis zum Jahre 2005 um 15 Prozent gesenkt werden kann, daß hingegen der Verbrauch von Erdgas um 170 Prozent gesteigert werden kann, erneuerbare Energie ebenfalls um 100 Prozent und daß der Verbrauch bei Kohle und Erdöl um 45 Prozent beziehungsweise 40 Prozent gesenkt werden soll. Die Umweltauswirkungen sind dann auch hoffentlich sichtbar, nämlich daß die CO₂-Emissionen um 20 Prozent minder ausfallen werden, die Schwefeldioxid-Emissionen um etwa 60 Prozent und die Stickoxide um etwa 50 Prozent reduziert werden können.

Wir haben im Burgenland ebenfalls unter der Leitung von Landesrat Fister wirklich einfach und für jeden verständlich die zehn Gebote des Häuslbauers formuliert, die ein Umdenken im burgenländischen Hausbau bewirken sollen. Hier wird ganz einfach dargestellt, daß man das Haus nicht in die Kälte und in den Wind stellen soll, daß man die Sonne in das Haus lassen soll und die Kälte verbannen soll, daß man auf Wärme- und Kältebrücken acht geben soll, daß man nicht mehr heizen darf und braucht als wirklich notwendig ist. Weiters, daß man mit Sonnenkollektoren sehr wohl im Sommer das Warmwasser aufbereiten kann und vor allem, daß man moderne, nicht zu große Anlagen für Einfamilienhäuser baut.

Wir müssen in unserer Gesellschaft mit dem exponentiellem Wachstum aufhören und hingehen zu einem dauerhaften Wachstum beziehungsweise zu einer dauerhaften Entwicklung. In der Wohnbauförderung des Burgenlandes wird darauf bereits Rücksicht genommen.

Es erfolgt auch eine kostenlose Beratung durch Architekten. Das ist umso wichtiger, wenn man weiß, daß zwei Drittel Energiesparpotential beim Heizen eines Einfamilienhauses oder auch Mehrfamilienhauses durch richtiges Bauen möglich ist. Da wird einem dann richtig bewußt, daß billig bauen eigentlich teuer bauen ist.

Ein Wort noch zur Energiesteuer. Es hat viele Artikel in den Zeitungen gegeben. Einen davon habe ich mir herausgenommen und zwar vom 25. Jänner im Kurier, wo steht: „Hohe Steuer für weniger Energie“. Und da meint der Schreiber dieses Artikels, daß die Energiesteuer nur sinnvoll ist, wenn sie möglichst hoch ist. Ich glaube auch, daß eine Energiesteuer notwendig ist, aber nicht möglichst hoch, sondern ich glaube, daß der Weg des Energiesparens, die Einsicht des Energiesparens viel wichtiger ist, weil dadurch zwei zusätzliche Effekte eintreten. und zwar, daß man nämlich keine neuen Kraftwerke

Bieler

braucht, und daß vor allem nicht diejenigen, die ohnehin von der wirtschaftlichen Situation her betroffen sind, nämlich die Pendler, dadurch noch mehr draufzahlen. Es gibt sehr viele Argumente, die gegen eine zu hohe Energiebesteuerung sprechen. Energiebesteuerung schon, auch auf internationaler Ebene, aber nicht in einem Ausmaß, daß es wieder die sozial Schwächeren trifft.

Im Burgenland gibt es sehr gute Ansätze im Bereich des Energiesparens. Es gibt sehr viele Energiespartips, die von der Raumordnungsstelle, von der Koordinationsstelle für Umwelt und Energie beziehungsweise von Landesrat Dipl.Ing. Fister herausgegeben wurden. Eine der wichtigsten Passagen dieser 15a-Vereinbarung ist für mich diejenige, wo es heißt, daß die Sicherung der Energieversorgung und auch die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung gegeben sein muß, und vor allem auch die Umweltverträglichkeit und die Ressourcenschonung.

In Österreich, auch im Burgenland, sind wir reif, daß wir vermehrt im Bereich der Einsparung von Energie etwas tun. Und diese 15a-Vereinbarung ist sicher ein richtiger Schritt. Wir werden daher dieser Vereinbarung gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident **Sipötz**: Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort. *(Abg. Grath: Ich verzichte!)*

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlußantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Einsparung von Energie wird somit einstimmig zugestimmt.